

## DEUTSCHLAND

### Auf Indikatoren gestützte Prioritäten

#### **Reduzierung der Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitseinkommen und Verlagerung auf Vermögen- und Verbrauchsteuern (2007, 2009, 2011)**

**Empfehlungen:** Erhöhung der Arbeitsanreize durch Reduzierung der Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit (insbesondere Sozialversicherungsbeiträge) und Verlagerung auf weniger verzerrend wirkende Steuern.

**Unternommene Aktionen:** Die Arbeitslosenversicherungsbeiträge wurden im Zeitraum 2007-2009 gesenkt (wobei die letzte Senkung 2011 teilweise wieder rückgängig gemacht wurde), die Gegenfinanzierung erfolgte z.T. durch eine Erhöhung der Verbrauchsteuern. Der Mehrwertsteuerregelsatz wurde 2007 erhöht, ermäßigte Mehrwertsteuersätze sind aber immer noch weit verbreitet. Die Umweltsteuern wurden 2009 erhöht, indem die Bemessungsgrundlage der Kfz-Steuer auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß ausgeweitet wurde.

#### **Reduzierung der regulatorischen Wettbewerbshemmnisse (2007, 2009, 2011)**

**Empfehlungen:** Abbau der Hindernisse für unternehmerische Initiative, insbesondere bei den freiberuflichen Dienstleistungen, und Sicherung eines diskriminierungsfreien Marktzugangs in den Netzindustrien.

**Unternommene Aktionen:** Die Honorarordnung für Architekten wurde 2009 angepasst und vereinfacht. Der Wettbewerb in den Netzindustrien wurde u.a. durch die Einführung einer Anreizregulierung auf dem Strom- und Gasmarkt im Jahr 2009 gefördert, und es wird an der Liberalisierung des Buslinienfernverkehrs gearbeitet (2011).

#### **Verbesserung der Bildungsergebnisse (2007, 2009, 2011)**

**Empfehlungen:** Verbesserung der frühkindlichen Bildung, Verstärkung der Rechenschaftspflicht der Schulen und Lehrkräfte für ihre Ergebnisse, Verringerung des Grads der Gliederung des Schulsystems und Erhöhung der Autonomie der Universitäten.

**Unternommene Aktionen:** In einigen Bundesländern wurden 2007 und 2008 externe Abschlussprüfungen eingeführt. In einigen Ländern wurde 2009 und 2010 die Zahl der Schularten verringert. Die Autonomie der Universitäten wurde erhöht, insofern mehr Universitäten ihre Studierenden inzwischen selbst auswählen können und 2007 in einigen weiteren Bundesländern Studiengebühren eingeführt wurden.

### Sonstige wichtige Prioritäten

#### **Abbau der Hindernisse für die Vollzeiterwerbsbeteiligung von Frauen (2007, 2009, 2011)**

**Empfehlungen:** Erhöhung der Anreize für Frauen, eine Vollzeitbeschäftigung aufzunehmen, durch Senkung des Grenzsteuersatzes für Zweitverdiener und Ausbau des Kinderbetreuungs- und Ganztagschulangebots.

**Unternommene Aktionen:** 2007 wurde beschlossen, die Zahl der öffentlichen Kinderbetreuungsplätze zu erhöhen, um sicherzustellen, dass bis 2013 für rd. 35% aller Kinder ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht. Das Ganztagschulangebot wird ebenfalls ausgeweitet.

#### **Lockerung des Kündigungsschutzes für reguläre Arbeitskräfte (2009, 2011)**

**Empfehlungen:** Lockerung der Beschäftigungsschutzbestimmungen für reguläre Arbeitskräfte, z.B. durch eine Verkürzung des Zeitraums, bis eine Kündigung ausgesprochen werden kann, und der Kündigungsfrist für Arbeitnehmer mit langer Betriebszugehörigkeit sowie eine Reform der Verfahren bei betriebsbedingten Kündigungen.

**Unternommene Aktionen:** Keine.

#### **Verbesserung der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in eine Beschäftigung (2007)**

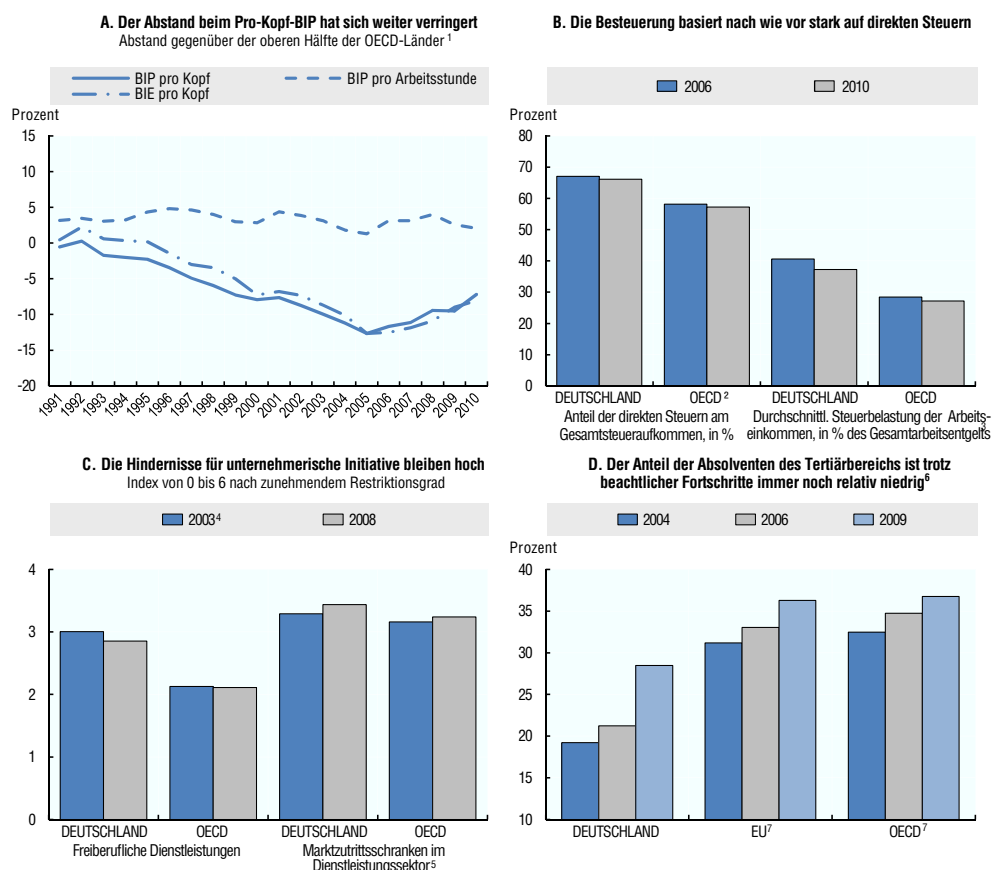
**Empfehlungen:** Klärung der Verwaltungszuständigkeiten für die Arbeitsvermittlung zwischen den Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit, Prüfung der Höhe der Leistungen und Verschärfung der Anspruchsbedingungen.

**Unternommene Aktionen:** Die Zusatzleistungen für die Differenz zwischen den Arbeitslosenversicherungsleistungen und der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden im Kontext der Haushaltskonsolidierung abgeschafft (2011). Die Verwaltungszuständigkeiten für die Vermittlung von Empfängern der Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II) wurden 2011 geklärt.

## DEUTSCHLAND

- Der Abstand beim Pro-Kopf-BIP gegenüber der oberen Hälfte der OECD-Länder ist seit 2005 gesunken, womit sich die seit Mitte der 1990er Jahre festzustellende Ausweitung teilweise wieder zurückgebildet hat. Das noch bestehende Gefälle ist ausschließlich auf die niedrigere Auslastung des Arbeitskräftepotenzials zurückzuführen, wohingegen Deutschland in Bezug auf das BIP pro Arbeitsstunde trotz des kürzlich festzustellenden geringfügigen Rückgangs zu den OECD-Ländern mit den besten Ergebnissen gehört.
- Zu den wichtigsten Prioritäten ist zu sagen, dass Fortschritte bei der Verbesserung der Bildungsergebnisse, der Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt und der Erhöhung der Arbeitsanreize erzielt wurden; in Bezug auf den Wettbewerb an den Produktmärkten und die Beschäftigungsschutzbestimmungen wurde hingegen weniger erreicht.
- Durch die Reform des Kurzarbeitergelds während der Krise konnten übermäßige Entlassungen verhindert werden.

## Leistungs- und Politikindikatoren



1. Prozentualer Abstand gegenüber dem einfachen Durchschnitt der 17 OECD-Länder mit den höchsten Werten in Bezug auf BIP pro Kopf, BIP pro Arbeitsstunde und BIE pro Kopf (in konstanten KKP von 2005).
2. Für Australien, die Niederlande und Polen beziehen sich die Daten auf 2009.
3. Die Besteuerung des Faktors Arbeit umfasst die Einkommensteuer, die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sowie etwaige sonstige lohnabhängige Abgaben abzüglich monetärer Transferleistungen. Ehepaar mit zwei Kindern, wobei der Erstverdiener 100% des durchschnittlichen Arbeitseinkommens verdient. Der Verdienst des Zweitverdieners wird berechnet als der Durchschnitt dreier Einkommensniveaus (0%, 33% bzw. 67% des Durchschnittsverdiensts).
4. Der OECD-Durchschnitt lässt Chile, Estland, Israel und Slowenien unberücksichtigt.
5. Die Marktzutrittschranken im Dienstleistungssektor umfassen die Marktzutrittschranken für die freiberuflichen Dienstleistungen und den Einzelhandel.
6. Erstabschlussquoten einzelner Altersjahrgänge im Bereich A.
7. Durchschnitt der europäischen OECD-Länder. Im EU- und OECD-Durchschnitt sind Belgien, Chile, Estland, Frankreich und Korea nicht berücksichtigt.

Quelle: Abbildung A: OECD, National Accounts Database und Datenbank zum Wirtschaftsausblick 90; Abbildung B: OECD, Taxing Wages Database und Tax Database; Abbildung C: OECD, Product Market Regulation Database; Abbildung D: OECD (2011), Bildung auf einen Blick.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932565205>